

Kommission für Umwelt, Raumplanung
und Energie des Nationalrats
3003 Bern

Per E-Mail an: egba@bj.admin.ch

17. Februar 2022

Ihr Kontakt: Noëmi Emmenegger, Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail:
schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller: Pa. Iv. 16.498

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 16.498 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen erachten die Vorlage, welche die Ausweitung der vorgeschriebenen Bewilligungspflicht auf den Erwerb von strategischen Infrastrukturen im Energiebereich vorsieht, nicht nur als unnötig, sondern als potenziell schädlich und lehnen sie deshalb ab. Die Ergebnisse der Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) bestärken uns in unserer Position: Die RFA legt dar, dass das Anliegen durch bestehende Regulierung bereits umfassend adressiert wird. Es sei unklar, inwiefern die avisierte Differenzierung zwischen ausländischen und inländischen Investoren zielführend wäre. Auch bestätigt die RFA, dass die vorgeschlagene Umsetzung relativ leicht umgangen werden kann.

Des Weiteren hat die RFA ergeben, dass im Falle einer Umsetzung eine höhere Marktkonzentration und eine Reduktion des Wettbewerbs zu erwarten sind. Die Förderung dieser Entwicklungen widerspricht der wirtschaftspolitischen Grundhaltung der Grünliberalen grundlegend. Ebenfalls sei allenfalls mit einem Rückgang des Investitionsvolumens zu rechnen, der negative Auswirkungen auf unsere Versorgungssicherheit haben könnte. Zudem werden tendenziell negative Effekte für die Schweizer Standortattraktivität und die Infrastrukturqualität erwartet.

Den Grünliberalen ist es ein Anliegen, die Standortattraktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und die hohe Qualität unserer Infrastruktur nicht nur zu sichern, sondern zu fördern. Unter Anbetracht dessen, dass die Vorlage weder notwendig, sondern in verschiedenen Bereichen potenziell schädlich ist, und gleichzeitig voraussichtlich leicht umgangen werden kann, lehnen wir sie ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, die Nationalräte Martin Bäumle und Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident

Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion